

Zeitung für das Dilltal.

Amliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Ausgabe täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: vierteljährlich ohne Botenlohn 1,50. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, wozu die Zeitungsboten, die Bandenreiter und sämtliche Postanstalten.

Insertionspreise: Die kleine 6-gep. Anzeigenzeile 15 S., die Restzeile 40 S. Bei unregelmäßiger Bezahlung - Aufnahmen entsprechender Rabatt, für umfangreichere Aufträge günstige Stellen-Abstände. Offerten gehen ab Aufst. durch die Exp. 25 S.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Nr. 11.

Mittwoch, den 14. Januar 1914

74 Jahrgang

Amlicher Teil.

Behandlung.

Der Domänenrentmeister Reiff in Dillenburg hat mit diesseitiger Genehmigung seinen Stabsgehilfen Ernst Wih. Hommel zu Dillenburg zur Annahme von Geldern für das Domänenrentamt und die Forstkasse, zur Ausstellung rechtsgültiger Quittungen und zur Vornahme von Einträgen in die Bücher bedollmächtigt.

Die dem seitherigen Gehilfen Fritz Krämer von Dillenburg erteilte Vollmacht ist erloschen.

Wiesbaden, den 7. Januar 1914.

Königliche Regierung,

Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten B.

Unter Abänderung der Vorschrift unter Ziffer 7 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 27. November 1909 - III Nr. 1853 - wird folgendes angeordnet:

Legitimationskarten ausländischer Arbeiter sind fortan nur in folgenden Fällen der Deutschen Arbeiterzentrale zu übergeben:

1. Bei jeder Unmöglichkeit der Aushändigung der der Polizeibehörde zugegangenen Legitimationskarte an den Arbeiter z. B. wegen Todesfalls, Nichtermittlung, Verzuges, Inhaftnahme, Kontraktbruchs u. (nicht aber z. B. in Kontraktbruchs- oder Ausweisungsfällen, wenn der betreffende Arbeiter bereits im Besitz der Legitimationskarte war).
2. Bei allen Anträgen auf (Neu-)Legitimierung, soweit der Arbeiter eine frühere Karte vorweisen kann.
3. Bei allen Anträgen auf gebührenfreien Umtausch der vorjährigen Karten in für das laufende Kalenderjahr gültige Karten.
4. Bei allen Anträgen auf Erlaß oder Ermäßigung der Gebühr.

Hierzu abgesehen bleibt der Deutschen Arbeiterzentrale vorbehalten, auch in andern geeigneten Fällen Legitimationskarten einzufordern.

Heimatspapiere sind nur zum Zweck der Neulegitimierung oder der jährlichen Erneuerung (Umtausch) der Legitimationskarte einzuführen.

Die erforderlichen Ueberdrucke für die Landräte, Polizeiverwaltungen der Stadtkreise, Königl. Polizeiverwaltungen pp. sind beigelegt.

Berlin, den 18. Dezember 1913.

Der Minister des Innern:

J. A. gez.: Unterschrift.

Wird veröffentlicht.

Der Ministerialerlaß vom 27. November 1909 ist in meiner Verfügung vom 17. Dezember 1909, Kreisblatt Nr. 302, zum Abdruck gelangt.

Dillenburg, den 12. Januar 1914.

Der Königl. Landrat: J. B. Jacobi

Bei einem verendeten Kind des Karl Pfeiffer in Oberfeld und des Friedrich Voller in Dillbrecht ist Mißbrand amtlich festgestellt worden. Die erforderlichen Maßnahmen sind getroffen.

Dillenburg, den 12. Januar 1914.

Der Königl. Landrat: J. B. Jacobi.

Am Samstag, den 17. Jan. d. J. wird der Bezirksfeldwebel in Dillenburg von mittags 1/2 12 Uhr ab bis nachmittags 1/2 1 Uhr am Hofe sein, um beim Gastwirt Sturm, eine Treppe hoch, Meldungen von Mannschaften des Beurtheiltenstandes des Dillkreises in Empfang zu nehmen.

Königliches Bezirkskommando Bezlar.

Ortsstatut.

betreffend die Reinigung der öffentlichen Wege in der Gemeinde Waldaubach.

Aufgrund des § 6 der Landgemeindeordnung vom 4. August 1887 und der §§ 1, 4 und 5 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 (G.-S. S. 197) und des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 27. Mai 1913 wird für den Gemeindebezirk Waldaubach folgendes Ortsstatut erlassen:

§ 1.

Die Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung, einschließlich der Schneeräumung, des Bekämpfens mit abkumpfenden Stoffen bei Schnee- und Eislage und des Besprengens zur Verhinderung der Staubentwicklung aller öffentlichen Wege innerhalb des Gemeindebezirks wird den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke übertragen. Gleich bleibt, ob die Grundstücke bebaut oder unbebaut sind. Die Reinigungspflicht erstreckt sich in der ganzen Breite des Grundstücks auf den Bürgersteig, einschließlich des Bordsteins, die Straßenseite und die Hälfte des Fahrbahns. Liegt ein Grundstück an einer Straßenecke, so hat der Reinigungspflichtige auf beiden Straßenseiten die Reinigung zu besorgen. Zur Straßeneinigung gehört auch das Freihalten der Straßenseite von Schnee und Eis bei Frostwetter.

§ 2.

Den Eigentümern werden die Wohnungsberechtigten (§ 1093 des B.G.B.) sowie solche zur Nutzung oder zum Gebrauch dinglich Berechtigte gleichgestellt, denen nicht bloß eine Grundbesitzbarkeit oder eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zusteht.

§ 3.

Die Grundstückseigentümer sind an erster Stelle, die nach § 2 Verpflichteten an zweiter Stelle zur polizeimäßigen Reinigung verpflichtet. Bei Leistungsunfähigkeit eines Anliegers ist an seiner Stelle die Gemeinde zur polizeimäßigen Reinigung verpflichtet.

Dat für den zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteten ein anderer der Ortspolizeibehörde gegenüber mit deren Zustimmung durch schriftliche oder protokolllarische Erklärung die Ausführung der Reinigung übernommen, so ist er zur polizeimäßigen Reinigung öffentlich-rechtlich verpflichtet. Auch steht dem Gemeindevorstand das Recht zu, in einzelnen Fällen, gegen Zahlung einer bestimmten Abgabe die Reinigungspflicht gemeindefeitig zu übernehmen.

§ 4.

Die zur Straßeneinigung Verpflichteten können sich gemeinschaftlich gegen Haftpflicht versichern, der sie wegen Nichterfüllung oder mangelhafter Erfüllung der ihnen durch dieses Ortsstatut auferlegten Verpflichtung ausgesetzt sind. Der Gemeindevorstand ist auf Antrag verpflichtet, den Abschluß einer solchen Versicherung nach näherer Vereinbarung mit den Verpflichteten herbeizuführen.

§ 5.

Die nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 1. Juli 1912 bestehende Pflicht zur polizeimäßigen Reinigung der einen Bestandteil öffentlicher Wege bildenden Brücken, Durchlässe und ähnlicher Bauwerke unterhalb der Oberfläche des Weges fällt dem zu ihrer Unterhaltung öffentlich-rechtlich Verpflichteten zur Last, sie wird durch dieses Statut nicht berührt.

§ 6.

Dieses Ortsstatut tritt rückwirkend mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Waldaubach, den 25. Juli 1913.

Der Gemeindevorstand: Haas.

Die Zustimmung zu vorstehendem Ortsstatut wird hiermit erteilt.

Waldaubach, den 25. Juli 1913.

Die Polizeiverwaltung: Der Bürgermeister: Haas.

Genehmigt.

Dillenburg, den 31. Oktober 1913.

Der Kreisaußschuß des Dillkreises: v. Jizewitz.

Polizeiverordnung.

Aufgrund der §§ 5 und 6 der Allerhöchsten Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1887 wird nach Beratung mit dem Gemeindevorstand für den Bezirk der Landgemeinde Waldaubach folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Die nach dem Ortsstatut, betreffend die Reinigung der öffentlichen Wege in der Landgemeinde Waldaubach, vom 25. Juli 1913, zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Wege Verpflichteten müssen den Bürgersteig einschließlich der Bordsteine, Straßenseiten und den Fahrdamm in der durch das Ortsstatut vorgeschriebenen Ausdehnung regelmäßig jeden Samstag, sowie an dem Tage vor jedem gesetzlichen Feiertage vom 1. April bis Ende September in der Zeit zwischen 5 Uhr nachmittags und 9 Uhr abends und vom 1. Oktober bis Ende März in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags fehren bzw. reinigen. Der Unrat ist wegzuschaffen; es ist verboten, Straßenschmutz, Schnee, Eis oder dergl. in die Kanallöffnungen zu kehren oder den Nachbarn zuzuführen oder zuzuschleppen. Bei trockener, frostfreier Witterung müssen die Straßen und Bürgersteige zur Verhütung der Staubentwicklung vor der Reinigung gehörig mit Wasser besprengt werden.

§ 2.

Außer der im § 1 vorgeschriebenen regelmäßigen Reinigung hat eine besondere Reinigung zu erfolgen, wenn und so oft eine Bauraumreinigung der Straßen, Straßenseiten und Bürgersteige stattgefunden hat, oder die Polizeibehörde eine solche fordert.

§ 3.

Die Bürgersteige und, wo solche nicht vorhanden sind, die Straßen müssen im Winter stets sorgfältig vom Schnee gereinigt und bei Schnee- oder Eislage mit abkumpfenden Mitteln (Sand, Asche, Sägemehl und dergl.) bestreut sein. Während des Frostwetters sind die Straßenseiten stets frei von Schnee und Eis zu halten. Das Reinigen der Bürgersteige mittels Wasser während der Frostzeit ist verboten. Eis und Schnee dürfen nicht auf der Straße abgelagert werden, sondern sind von den Reinigungspflichtigen sofort wegzuschaffen.

§ 4.

Nach starken Regengüssen und bei plötzlichem Abgange des Schnees, sowie bei abgehenden Frostwetter müssen die Straßenseiten, Gassen und sonstigen Abflüsse ungefäumt und so gereinigt werden, daß das Wasser ungehindert Abzug hat. Die Anlegung von Stauungen in den Rinnschienen oder Gassen, überhaupt jede Vorrichtung, die den raschen und ungehinderten Abfluß des Wassers hindert, ist verboten. Durchlässe und Kanäle sind stets rein von Schlamm und sonstigem Unrat zu halten.

§ 5.

Zuüberhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern nicht nach den Gesetzen eine höhere Strafe eintritt, mit Geldstrafe bis zu 9 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen geahndet.

Ein zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteter, für den gemäß § 6 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 ein anderer der Ortspolizeibehörde gegenüber die Ausführung der Reinigung übernommen hat, bleibt straflos, wenn dieser seiner Verpflichtung nicht nachkommt. Dasselbe gilt auch hinsichtlich des zur polizeimäßigen Reinigung Verpflichteten, der die Ausführung der Reinigung durch Privatvertrag einer tauglichen Persönlichkeit übertragen hat.

§ 6.

Diese Polizeiverordnung tritt mit der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Waldaubach, den 18. Dezember 1913.

Der Bürgermeister: Haas.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 13. Januar.) Am Tische des Bundesrats niemand. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen: Die Handelskammer in Nürnberg bittet, die Kleinstindustrie unter diejenigen Gewerbe aufzunehmen, denen eine Steuererleichterung von 20 Mk. für das Heftolster Alkohol, der in ihren Betrieben verwendet wird, gewährt wird. Nach kurzer Debatte wird der Kommissionsbeschluß angenommen, der eine Erhöhung bezweckt. Reichstagswahlrecht für Frauen: Der deutsche Verband für Frauenstimmrecht fordert das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstagswahlrecht unter denselben Bedingungen, wie es den Männern zusteht. Die Konservativen beantragen Uebertragung zur Tagesordnung. Der Abg. Schwarz (Ztr.) ist für ein Entgegenkommen und für den Vorschlag der Kommission, die die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überweisen will. Abg. Dr. Bell (Ztr.) hält die Frauenagitation für viel zu weitgehend. Das Zentrum sei zwar gegen das Stimmrecht der Frauen, will aber doch sein Interesse an einer gesunden Frauenbewegung zum Ausdruck bringen und billigt den Kommissionsantrag. Abg. Dr. Gräfe (konf.) spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen das Frauenstimmrecht aus. Im Namen des Abg. Dr. Haas spricht sich ein Teil der fortschrittlichen Volkspartei für den Antrag auf Verabsichtigung, der andere dagegen aus. Abg. Dr. Ahrens (Fp.) erklärt, daß seine Partei die Zeit für noch nicht gekommen erachtet, um zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Die Nationalliberalen sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Gegner des Frauenstimmrechts. Schließlich wird die Petition zur Kenntnisnahme überwiefen. Ueber den nächsten Gegenstand, den Antrag des Kölner Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit, zu verlangen, daß postlagernde Sendungen immer die volle Adresse des Empfängers tragen sollen, beantragt die Kommission Ueberweisung zur Kenntnisnahme. Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiefen. Ueber den nächsten Punkt, Verhängung des Militärboykotts über Vokale, wird zur Tagesordnung übergegangen. Einige Petitionen, die eine Verschärfung und andere, die eine Erleichterung der Bestimmungen über das Wandergewerbe fordern, werden als Material überwiefen. Mittwoch 1 Uhr: Petitionen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Sitzung vom 13. Jan.) Im Abgeordnetenhaus wurde heute das gesamte bisherige Präsidium wiedergewählt. Dasselbe gefasch mit den Schriftführern. Sodann trat man in die Tagesdebatte ein. Der erste Redner, der Abg. Winkler (konf.), ging zunächst auf die Wehrabgaben ein, um dann gegen die Laubheiten der preussischen Regierung Front zu machen, die ruhig zusehe, wie man im Reichstage darangehe, dessen Rechte zu erweitern und die der Bundesstaaten einzuschränken. Auf die Angriffe des Abg. Winkler antwortete Herr v. Bethmann-Hollweg u. a. folgendes: Der Herr Redner hat meine ganze Stellung einer Kritik unterzogen. Daß die Vermögenszuwachssteuer eine Last ist, darüber herrscht wohl nirgend ein Zweifel. Es ist nur die Frage, ob das Reich auf andere Weise seinen zwingenden Geldbedarf decken konnte. Schon 1908 und 1909 glaubten die verbündeten Regierungen, die erforderlichen Mittel nicht lediglich aus direkten Steuern herauszuholen zu können, sondern den Besitz treffen zu müssen, und zwar auf demselben Gebiete, das bereits 1906 angegriffen war. Die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagene Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten fand keine Annahme im Reich. Ich habe immer diesen Wendepunkt der Dinge für verhängnisvoll gehalten. (Sehr richtig links.) An der Tatsache kommen wir nicht vorbei, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer den Andrang auf reine Besitzsteuer verstärkt und leider auch die Verbitterung hat. Auch die konservativste Partei des Reichstags hat für den Antrag Bassermann-Gräber gestimmt. (Sehr richtig links), der eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerechtwerdende Besteuerung im Reich gefordert hat. Angesichts dieser Situation waren die verbündeten Regierungen, als die Wehrvorlage des Jahres 1913 mit ihrem enormen Geldbedarf kam, gezwungen, in erster Linie den Besitz mit anzugreifen. Da eine reine Reichsvermögens- oder reine Einkommensteuer unmöglich war, hätte unzweifelhaft eine Vorlage der Anzendenten- und Deszendenten-Steuer am nächsten gelegen. Ich habe mir in den Jahren 1912 und 1913 alle erdenkliche Mühe gegeben, die prinzipiellen Gegner der Erbschaftsteuer von ihrem Widerspruch abzubringen. Diese meine Versuche sind leider fehl geschlagen. Deshalb waren die verbündeten Regierungen gezwungen, einen Ausweg zu finden, und dieser Ausweg fand seinen Ausdruck in der Regierungsvorlage, die primär eine Landesbesitzsteuer und sekundär eine Reichsvermögens-Zuwachssteuer vorschlag. Die Konservativen wollten uns aber gerade das Stück aus der Regierungsvorlage herausstreichen, das wir unbedingt brauchten. Selbst in dem letzten kritischen Augenblick haben die Konservativen der Regierung nicht diejenige Unterstützung zuteil werden lassen, die es jetzt rechtfertigen könnte, der Regierung zu sagen: Du hättest fest durchhalten müssen, dann hättest Du die Sache bekommen. Sie müssen bedenken, wie die allgemeine politische Situation war. Die Annahme der Wehrvorlage war gesichert, wenn gleichzeitig eine Einigung über die Deckung erfolgte. Die Durchführung der Wehrvorlage konnte nicht hinausgeschoben werden, dafür hätte ich nie und nimmer die Verantwortung tragen können. (Beifall.) Deshalb mußte — das ist keine Kapitulation — eine Einigung

über die Deckung erfolgen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Es gibt Momente, so schwer sie auch für die Regierung sein mögen, wo Kompromisse geschlossen werden müssen. Im Interesse der Einzelstaaten beklage auch ich diese Vermögens-Zuwachssteuer in jeder Beziehung. Aber ich halte es für ein nobles officium, auch die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, wenn sie nötig sind, um die Stärke und Unabhängigkeit der Nation zu verbürgen. (Lebhafte Beifall links.) Es sprach dann Abg. Herold (Ztr.), der für die Reichssteuer-Gesetzgebung eintrat und das geheime Wahlrecht forderte. Der Abg. Böschling (ntl.) forderte größere Fürsorge für die innere Kolonisation. Außer der Wahlreform brachte er noch die Zaberner Affäre zur Sprache, indem er alle Schuld der Zivilverwaltung beimah. Auf diese Darlegungen entgegnete Herr v. Bethmann Hollweg folgendes: Ich habe volles Verständnis dafür, daß das Empfinden jedes Preußen durch die Zaberner Affäre sehr scharf und unangenehm berührt worden ist. Haben Sie denn nicht aus den Verhandlungen in Straßburg einen ganz anderen Eindruck von der Sache bekommen? Mir scheint, daß auch die Freunde des Vorredners jetzt zum Teil eines Besseren belehrt sein müssen. Es ist selbstverständlich, daß wir die Vorgänge im Elsaß ernstlich im Auge behalten und daß es eine große Sorge der Reichsregierung sein muß, wie solchen Vorfällen für die Zukunft zu steuern ist. Bezüglich der Frage des Arbeitswilligen-Schutzes habe ich im Reichstage ausgeführt, daß erhöhter Arbeitswilligenchutz in mancher Beziehung notwendig sei. Ich habe aber abgelehnt, es auf dem Wege eines Ausnahmegesetzes zu machen, sondern nur auf dem Wege des öffentlichen gemeinen Rechts. Eine Wahlreform wird die Regierung den Parlamenten nicht aufzotrofen. Das Königswort ist durch die Vorlage der Wahlreform von 1910 eingelöst worden. Daran, daß diese Wahlreform nicht zustande gekommen ist, weil sich der Landtag nicht darüber einigen konnte, trägt die Regierung keine Schuld. Die Regierung hält es nicht für angebracht, dem neugewählten Abgeordnetenhaus in seiner ersten Tagung eine Vorlage über die Wahlreform, die von der größten politischen Bedeutung ist, zu machen. Ueber die Braunschweiger Frage habe ich mich ausdrücklich im Reichstage ausgesprochen. Ich bin von Sr. Königlichen Hoheit, dem regierenden Herzog, ausdrücklich ermächtigt, vor diesem Hause und vor dem ganzen Lande festzustellen, daß jede Berufung auf den Herzog als Bestätigung der Bestrebungen der deutsch-hannoverschen Partei nicht nur dem Willen seiner königlichen Hoheit nicht entspricht, sondern diesem Willen direkt widerspricht. (Lebhafte andauernder Beifall.) Diese Willensmeinung des regierenden Herzogs ist so bündig und so unmißverständlich, daß, wenn Mitglieder der deutsch-hannoverschen Partei fortfahren wollten, den Herzog für sich in Anspruch zu nehmen, jeder Mann wissen wird, was er davon zu halten hat. Für den Herzog sind derartige Versuche mit seiner Erklärung ein für alle mal abgetan. Wenn wir den Prinzen Ernst August zum Märtyrer der Partei gemacht hätten, so wären wir die Belsenpartei wesentlich gestärkt haben. Die unbeherrschbaren Elemente dieser Bewegung brauchen wir nicht höher einzuschätzen, als sie wert sind. Die Träumereien dieser Männer brauchen wir nicht tragisch zu nehmen. (Beifall.) — Sodann vertagt sich das Haus auf Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

Politisches.

Fragen des Post- und Telegraphenwesens sollen auf einer Konferenz erörtert werden, zu der Staatssekretär Adalfe Vertreter von Handel und Industrie für Sonnabend in das Reichspostamt eingeladen hat. Beratungsgegenstände sind: Postkreditbriefe, Wünsche für den Westpostkongress in Madrid, Mitteilungen auf dem Gebiete der Fernentelegraphie, Mitteilungen auf dem Gebiete der Kabeltelegraphie. In den Verhandlungen sind, wie der Reichsanzeiger mitteilt, außer Vertretern der Industrie auch solche der Landwirtschaft und des Handwerks eingeladen worden.

Zabern im elsass-lothringischen Landtage. Vorüberfalligen Tribünen begann gestern die Interpellation über

die Zaberner Vorgänge im elsass-lothringischen Landtage. Die Regierung war vollständig vertreten. Abgeordnete der Ersten Kammer fanden sich auf den Tribünen ein. Ferner waren anwesend der Kreisdirektor Wahl aus Zabern, Universitätsprofessor Dr. van Calker. Die Stimmung im Hause war äußerst bewegt, aber ruhig bis zum Schluß. Die Abgeordneten, welche als Redner ihrer Fraktion auftraten, sprachen sämtlich mächtig in der Form, dagegen scharf im Inhalt gegen das Kriegsgericht und gegen das Vorgehen des Militärs in Zabern. Als erster sprach der Bürgermeister Knöpfler von Zabern, der Vertreter seiner Stadt im Landtage, der eine Darstellung der Vorgänge und die Vorwürfe zurückwies, als habe die Zivilgewalt und die Polizei in Zabern verfaßt. Insbesondere wandte er sich gegen gewisse Zeitungen der Altsächsischen Presse, die er als Pandurenblätter bezeichnete. Er sagte zum Schluß, daß Kreisdirektor Wahl nicht nur das volle Vertrauen der Stadt besitze, sondern auch des ganzen Landes. Dann sprach der Vorbringer Weber, der sich scharf gegen den Dualismus in der Regierung von Elsaß-Lothringen wandte, der darin zum Ausdruck komme, daß bald die Militär- und bald die Zivilverwaltung die Oberhand zu haben scheine. Für die Sozialdemokraten sprach Jms, der in scharfer Weise das Verhalten Deimlings und des Obersten Reutter kritisierte. Den größten Eindruck erzielte der Redner der fortschrittlichen Partei, Rechtsanwalt Dr. Bürger, der mit großem Geschick und andauerndem Beifall, der sich bis auf die Regierungsbänke ausdehnte, die sachliche und juristische Seite in vorurteilloser Weise besprach. Er wandte sich insbesondere gegen die drei Urteile, die nach seiner Meinung auf objektiven nicht richtig festgestellten Tatsachen aufgebaut seien. Der Staatssekretär Bulach gab dann eine Regierungserklärung ab, der vom Hause und den Tribünen an verschiedenen Stellen mit Opposition begegnet wurde. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Morgen wird die Besprechung der Interpellation erfolgen. Ueber die Regierungserklärung ist zu sagen, daß sie scheinbar dem Standpunkt der Bürgerschaft gerecht werden will.

Personalveränderungen im Reichsland. Von einer Seite, die in der Regel gut unterrichtet ist, wird der „Wiesb. Jtg.“ geschrieben: Der Rücktritt des Statthalter Grafen Wedel steht in den nächsten Tagen zu erwarten. Für seine Nachfolge ist der kommandierende General des 14. Armeekorps General Freiherr Hoiningen von Huene designiert. General v. Deimling soll das Kommando des elsässischen Armeekorps mit dem des badischen tauschen und das Straßburger Korpskommando soll der jetzige Divisionskommandeur in Trier, Herr von Lindenau erhalten. Trifft diese Meldung zu, so ist von besonderem Interesse der Umstand, daß an die Spitze der reichslandischen Verwaltung ein aktiver Militär gestellt wird. Die Tendenz dieser Wahl ist offenbar, die jetzt zutage getretenen Anstimmigkeiten zwischen Zivil- und Militärverwaltung in Zukunft hintanzuhalten. Allerdings erhält Freiherr v. Huene keine Kommando-gewalt über die Truppen im Reichslande, auch nicht den mittelbaren Einfluß, wie er etwa den Armeeführern zusteht, denn das 15. Korps gebührt zur Inspektion des Großherzogs von Baden, und es scheint nicht beabsichtigt, in diesem Verhältnis eine Veränderung eintreten zu lassen. Eine gewisse Garantie scheint uns aber in der Wahl des Generals v. Lindenau dafür gegeben zu sein, daß zukünftige Reibungen zwischen den beiden Organen der Staatsgewalt vermieden werden. Denn Herr v. Lindenau ist nicht nur einer unserer tüchtigsten Generale, der bereits leuchtend als möglicher Kriegsminister genannt wurde, sondern auch ein Mann von Sozialität und weitem Blick.

Griechenland. Athen, 13. Jan. Die Mission Benjolos in Rom. Der neue Minister des Auswärtigen, Dr. Streit, machte im Ministerrat, der gestern in den späten Abendstunden stattfand, Mitteilungen über die Verichte, die Benjolos über seine Unterhandlungen in Rom gesandt hat. Ueber die Ausführungen des Ministers wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Nichtsdestoweniger wird erklärt, daß der griechische Ministerpräsident Rom völlig befriedigt verlassen

hat, und durchaus günstig über das Ergebnis seiner Mission denke. Es stehe zu erwarten, daß seine Verhandlungen in den anderen europäischen Hauptstädten in gleichem Sinne verlaufen werden. Die italienische Regierung habe den berechtigten Vorstellungen Griechenlands wohlwollendes Verständnis entgegengebracht. Das sei ein gutes Zeichen dafür, daß die neuen Verhandlungen der Großmächte in der albanischen und Inselfrage mit besonderer Rücksicht auf die Interessen Griechenlands geführt werden, und wahrscheinlich eine Revision der Londoner Beschlüsse mit sich bringen werden. Der Termin für die Befegung von Nord-Epirus durch die griechischen Truppen wird wahrscheinlich verlängert werden, weil die Unterhandlungen den Großmächten die Ueberzeugung bringen werden, daß die Befegung von Nord-Epirus durch griechische Truppen die einzige Möglichkeit sei, die Ruhe und Ordnung in dem Gebiete zu gewährleisten.

Mexiko. New York, 14. Jan. Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat General Huerta ein Dekret veröffentlicht, wonach die National-Schuldenverwaltung in den nächsten sechs Monaten ihren Dienst einstellen wird. Es geschieht dies mit Rücksicht auf die schwere Krise, die das Land augenblicklich zu bestehen hat. Denn es hat sich mit zwingender Notwendigkeit ergeben, daß alle Einnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens verwendet werden. Das Dekret, das niemandem unerwartet kam, hat ein weiteres Fallen der mexikanischen Papiere bewirkt.

Lokales und Provinzielles.

Dillenburg, 14. Jan.

(Erweiterung des Bahnhofs Dillenburg.) Im diesjährigen preussischen Eisenbahn-Etat ist über die Erweiterung unseres Bahnhofes folgendes mitgeteilt: „Der Bauhalbeitrag, den der Vaufonds der Eisenbahn von Weidenau nach Dillenburg — Gesetz vom 14. Mai 1908 (Gesetzsamml. S. 117) § 1 la 1 — für die Einführung dieser Strecke in den Bahnhof Dillenburg zu leisten hat, ist in den Erläuterungen zum Etat für 1911 auf 1654 000 Mark beziffert worden. Wie bereits in den Denkschriften zum Eisenbahnanleihegesetzentwurf für 1913 unter III 9! — Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Weidenau nach Dillenburg — ausgeführt wurde, bedingt die Wätsch, die neue Bahn als Entlastungslinie zu benutzen, eine umfangreichere Erweiterung des Endbahnhofs Dillenburg, damit dort bei Zugstauungen eine größere Anzahl von Zügen aufgestellt werden kann. Zur Deckung der Mehrkosten erhöht sich daher der Bauhalbeitrag von 1654 000 Mark auf 2 725 000 Mark.“

(Verwendung der richtigen Beitragsmarken.) Die Höhe der zu verwendenden Beitragsmarken zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat durch die Aenderung der Grundhöhe der Krankentassen fast für sämtliche Versicherten eine Aenderung erfahren. Ganz besonders werden die Dienstmädchen, Auswärtigerinnen, Putzfrauen, Stundenmädchen, Wäscherinnen auch die versicherungspflichtigen Bäuerinnen und Schneiderinnen betroffen. Arbeitgeber und Versicherte werden deshalb aufmerksam gemacht, daß vom 1. Januar 1914 ab, die Beitragsmarken nach den neuen Lohnsätzen zu verwenden sind. Ueber die Höhe der zu entrichtenden Beiträge geben die von der Landesversicherungs-Anstalt Hesse-Nassau veröffentlichten Bekanntmachungen, die auf jedem Bürgermeisteramt und jeder Zahlstelle der Krankentasse ausliegen, die erforderliche Auskunft. Sollten trotzdem noch Zweifel über die Höhe der zu verwendenden Beitragsmarken oder die Versicherungspläne bestehen, so empfiehlt es sich, bei der Versicherungs-Kontrollstelle der Landes-Versicherungs-Anstalt Hesse-Nassau in Dillenburg — Friedrichstraße 9 — schriftlich oder mündlich anzufragen. Sprechstunden sind nur Sonnabends von 8-1 Uhr vorm. und von 3-6 Uhr nachm. Die Versicherungs-Kontrollstelle Dillenburg umfaßt die Kreise Dill., Westerburg, Oberwesterwald und Oberlahn. Die Verwendung von zu niedrigen Beitragsmarken verursacht ein zeitraubendes umständliches Berichtigungsverfahren und wird durch § 1488 des

Der Flieger Cormaen.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

(10. Fortsetzung.)

„Dort und streng fiel der andere ihm in die Rede. „Wenn du nach alledem, was ich dir jetzt gesagt habe, noch immer nur darauf bedacht bist, zu erwägen, was für dich das Beste sein könnte, so haben wir einander kaum noch etwas zu sagen. Ich habe dir den Weg gezeigt, den du gehen mußt. Entschiedest du dich für einen andern, so gibst du nichts mehr, das uns verbindet.“

„Eine böse Drohung, Gerhard — und eine Drohung, die ich eben deshalb einwillen noch nicht wörtlich nehme. Nein — bitte! — daß mich jetzt ausreden! Du kannst nicht erwarten, daß ich unter dem frischen Eindruck deiner aberresenden Mitteilungen irgend welche Entschlüsse fasse oder felerlich kundgebe. Dazu sind diese Dinge denn doch zu ernst und zu bedeutungsschwer. Aber ich werde nicht allzuviel Zeit brauchen, um wenigstens über die Gestaltung meiner nächsten Zukunft mit mir ins Reine zu kommen. Wie lange gedachtest du in Berlin zu bleiben?“

„Man erwartet in der Fabrik meine Rückkehr für morgen früh.“

„So wirst du, wie ich hoffe, bereit sein, mir den heutigen Abend zu schenken. Ich überlasse es dir, Zeit und Ort für unser Zusammentreffen zu bestimmen.“

„Ich bin in meinem alten Hotel in der Mittelstraße abgestiegen. Von sechs Uhr ab werde ich dort deinen Besuch erwarten.“

„Du kannst mit Bestimmtheit auf mein Kommen rechnen. — Hebelgens — wirst du während des Tages sehr stark in Anspruch genommen sein?“

„Nein! Mein Aufenthalt in Berlin ist ja nicht für die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten bestimmt.“

Harald plug zum Schreibtisch und griff nach einer Papierrolle, die auf einer Platte lag.

„Es ist vielleicht eine starke Zumutung, dich mit der Prüfung einer Dilettantenarbeit zu beheissen, aber bevor ich dies Zeug da den Flammen überliefern möchte, ich doch auch dein Verdammungsurteil darüber vernehmen. Ich bin nämlich neuerdings unter die Erfinder gegangen. Und diese Zeichnungen hier werden dir beweisen, daß es im eigentlichen Sinne des Wortes hochliegende Pläne sind, mit denen ich mich getragen habe. Die Erlaubnis, mich deshalb anzuschauen, erteile ich dir hiermit in aller Form.“

Gerhard hatte die zusammen gerollten Bogen starken Zeichnungspapiers aus seiner Hand entzogen genommen, aber er warf keinen Blick hinein, und sein Gesicht blieb unverändert ernst.

„Um was handelt es sich? Um eine technische Erfindung?“

„Um eine technische oder eine phantastische — je nachdem es dir beliebt, sie zu nennen. Ich habe da auf dem Papier eine Flugmaschine konstruiert, die in einigen wesentlichen Einzelheiten von allen bisher erfundenen abweicht. Die dazu gehörigen Berechnungen findest du auf einem besonderen Blatte. Aber ich bemerke von vornherein, daß ich selber nicht mehr an die praktische Ausführbarkeit glaube.“

„Und wenn ich dir sage, daß ich mich bisher niemals mit dem Studium derartiger Apparate befaßt habe, — daß ich also wenig oder nichts davon verstehe?“

„Für die Beurteilung meiner glänzenden Idee und meiner tief sinnigen Berechnungen wird dein Verständnis doch wohl ausreichen. Macht dir's aber zuviel Mühe, so —“

„Davon ist nicht die Rede. Ich werde selbstverständlich tun, was in meinen Kräften steht. Daß mir diese Angelegenheit wichtiger erscheinen sollte, als der eigentliche Zweck meines Hierseins, wirst du ja nicht erwarten.“

„Wie sie einander zum Abschied die Hände reichten, sahen sie sich ein paar Sekunden lang fest in die Augen. Und wenn auch ihre Lippen stumm blieben, wußten sie doch beide, daß hüben und drüben die letzte kurze Zweisprache der Blide besser verstanden worden war, als ein bedachsam gewähltes Wort.“

Als Harald wenige Minuten nach sechs Uhr das Hotelzimmer seines Bruders betrat, sah er die Zeichnungen zu seinem Flugapparat auf dem Tische liegen und daneben ein paar Bogen Papier, die mit Konstruktionsstücken und mathematischen Formeln bedeckt waren. Gerhard, der am Fenster gestanden hatte, kam ihm um ein paar Schritte entgegen.

Er bemühte sich unverkennbar, ganz ruhig zu scheinen, aber die Spannung, mit der er die Ankunft des andern erwartet hatte, stand ihm doch leserlich auf dem Gesicht geschrieben.

„Es ist mir lieb, daß du pünktlich gewesen bist.“ sagte er nur. „Bitte, nimm Platz!“

Harald leistete der Aufforderung Folge und lehnte sich mit verschränkten Armen in seinen Sessel zurück.

„Wir wollen uns nicht mit Vorereden aufhalten, Gerhard! Ich habe sehr ernstlich über alles nachgedacht, was ich heute von dir erfahren. Und ich möchte zunächst nachholen, was ich heute vormittag vermisst habe, nämlich meinen Dank für das, was du während der letzten Jahre für mich getan.“

„Lassen wir das Vergangene jetzt auf sich beruhen, wenigstens soweit meine Person dabei in Betracht kommt. Du hast dir inzwischen einen festen Zukunftsplan gemacht?“

„Ja und nein! Denn über gewisse Vorfälle bin ich bis jetzt nicht hinausgekommen. Es ist also keine ehrliche und feste Ueberzeugung, daß Sabine mich nicht verschmähen würde, wenn ich — wie drücktest du dich doch an diesem Morgen aus? — wenn ich ihr den Beweis meiner Würdigkeit erbringen könnte? Und du würdest es nicht für unmoralisch halten, wenn ich mich ihr antrüge, ohne etwas heisse und leidenschaftliche Liebe für sie zu fühlen?“

„Was für eine Frage ist das! Wie kannst du mir zumuten, darauf zu antworten?“

„Hast du etwas anderes als Aufrichtigkeit von mir erwartet? Oder glaubst du, ich könnte eine Empfindung ebenso leicht gegen die andere tauschen, wie ich die Uniform gegen den Zivilanzug getauscht habe?“

„Du siehst diese Sängerin also noch immer?“

„Nein. Sie besaß alles, was einen Mann bezaubern kann, und so lange es ihr darum zu tun war, mich zu bezaubern, ist es ihr aufs Beste gelungen. Aber mit dem Augenblick, da sie selbst kein Interesse mehr daran hatte, ist auch der Zauber verfliegen. Diese Ernüchterung war ein bißchen schmerzhaft — warum sollte ich es leugnen? Aber auch der Schmerz ist schon vorüber, und das Bedauerliche an der Sache ist nur, daß mit ihm zugleich doch noch einiges andere zum Teufel gegangen ist. Mein Herz, um bei der poetischen Ausdrucksweise zu bleiben, scheint mir in diesem Augenblick so ausgebrannt, daß ich an der Möglichkeit zweifle, es jemals wieder in Flammen zu setzen.“

„Gesatte, daß ich dich unterbreche! Es mag unter Offizieren üblich sein, in solchem Ton von Liebesaffären zu reden; in einem Gespräch aber, dessen Gegenstand Sabine Dekmer sein soll, dulde ich keine Feivolität.“

„Der Himmel weiß, daß es mir nicht in den Sinn kommt, irgend zu sein. Es ist mir nun einmal nicht gegeben, mich in fünfzigsten Jahren auszudrücken. Daß ich überhaupt an die Möglichkeit denken kann, Sabine früher oder später meine Hand anzutragen, ist Beweis genug dafür, daß ich für sie mehr empfinde, als für irgend ein anderes weltliches Wesen. Aber ich würde vor mir selber als der erbärmlichste Kerl dastehen, wenn ich mir oder dir, oder sonst jemand einzureden versuchte, daß ich aus purer Verehrung und Dankbarkeit mit einem Male bis über beide Ohren in sie verliebt sei. Es ist möglich, daß es eines Tages der Fall sein wird; ich verschwöre es gewiß nicht; im Augenblick aber kann ich mich nur zu dem bekennen, was wirklich da ist. Wenn du das frivol nennst, gehen unsere Auffassungen von Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit allerdings weit auseinander.“

Gerhard Cormaen strich sich mit der Hand über die Stirn.

(Fortsetzung folgt.)

K. S. D. mit Strafe bedroht. Ebenso macht sich derjenige Arbeitgeber strafbar, der eine versicherungspflichtig beschäftigte Person nicht oder nicht rechtzeitig versichert.

Steinbrücken, 12. Jan. Am Sonntagabend kamen junge Steinbrücker Burschen von Straßerebach an dem Teich (so heißt nämlich das Wäldchen) vorbei. In der Dunkelheit hörten dieselben ein Stöhnen, sie gingen hinzu und fanden einen alten Mann (Veteran), der jedenfalls auch von Straßerebach nach Steinbrücken gehen wollte. Er hatte sich im Walde hingekümmert, um ein wenig auszuruhen und war schon so erkrankt, daß er weder gehen noch stehen konnte. Einer der Burschen, ein kräftiger Ober, nahm den Mann auf den Rücken und trug ihn nach Hause. Nur durch Zufall ist der alte Mann dem sicheren Tode entgangen, denn es ist kaum anzunehmen, daß nach diesem Zeitpunkt noch jemand dort vorbeigekommen wäre. Es sollte doch bei dieser Kälte etwas mehr Vorsicht gebraucht werden, sind doch kaum 14 Tage verflossen, daß oberhalb Rittershausen ein junger Mann erfroren ist.

Offenbach, 13. Jan. (Kriegerverein.) Am Sonntag nachmittag hielt unser Kriegerverein seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Wie vorauszusehen war, wurde unser alter, bewährter Vorsitzender, Herr Plagmeier wieder gewählt. Stellvertreter der Vorsitzenden war und blieb Herr Friedr. Anton Theis. Auch der Kassierer Herr Gust. Gross wurde einstimmig wiedergewählt. An Stelle des bisherigen von hier verzogenen Schriftführers wurde Herr Paul Jansen gewählt. — Betr. des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers wurde beschlossen, denselben durch gemüthliches Beisammensein am 31. Jan. zu feiern. Aus der Versammlung heraus wurde dem Herrn Oberst von Reutter ein Glückwunschtelegramm gefandt. Mit einem Hoch auf Kaiser und Vaterland wurde die Versammlung geschlossen.

FC. Aus dem goldenen Grund, 13. Jan. Wegen der Silbe „ig“ 4 Monate Gefängnis. Die Ehefrau Anna Müller geb. Schinberger und deren 21-jährige Tochter Auguste, beide aus Camberg, standen heute vor dem Wiesbadener Schwurgericht, weil sie zu Beginn des vorigen Jahres, als plötzlich etwa 30 Gläubiger über sie herfielen, als sie in Altes Gerede gekommen, Postanweisungen derart fälschten, daß sie an die Gläubiger „fünf“ oder „sechs“ Mark auf die Schuld per Postanweisung abzählten, aber dem Gerichtsvollzieher fristerte Launungen der Post über „fünfzig“ und „sechzig“ Mark vorlegten und durch derart hohe Zahlungen auf die Schuld Verlegung der Verleigerungen und Anhebung von Pfändungen erreichten. Die Geschworenen sprachen nur die Mutter Müller in einem Falle der öffentlichen Urkundenfälschung für schuldig. Das Urteil lautete gegen sie auf 4 Monate Gefängnis, gegen die Tochter auf Freisprechung. — Eine Folge des heutigen Verfahrens vor den Geschworenen wird, wie der Staatsanwalt in seinem Plädoyer andeutete, die sein, daß sich die Behörde mit dem in der Sache tätigen Gerichtsvollzieher Schmolke, der heute einen höchst unsicheren Eindruck machte und sich auf fast nichts mehr entsinnen konnte, auch noch zu beschäftigen haben wird, da er, trotzdem er 1910 von derartigen Fälschungen bereits gewußt, tiefes Schweigen darüber bewahrt haben soll.

Weilburg, 13. Jan. Am Samstag erfolgte die Uebergabe der alten Kaserne nebst Nebenreihen vom Militärstützpunkt an die Stadt. Letztere zahlte dafür 39800 Mk. an den Fiskus. Die Kaserne soll für Schulzwecke Verwendungs finden.

Frankfurt, 12. Jan. Ueberfahren. Im Hauptgüterbahnhof wurde gestern dem Hilseschiffner Lorenz beim Rangieren der eine Arm abgefahren. Der Schwerverletzte wurde ins städtische Krankenhaus gebracht.

FC. Frankfurt, 13. Jan. Der Bau, der vom Verein für Krüppelfürsorge Wiesbaden-Frankfurt südlich der Niederäder Schloße errichteten großen Heil- und Erziehungsanstalt, ist so weit gediehen, daß die Anstalt am 1. April 1915 eröffnet werden kann.

Frankfurt, 13. Jan. Der Giftmord-Prozess Hopf. Die Verhandlung gegen den Giftmörder Hopf wurde heute zuerst unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt, da zwei Zeuginnen über die sadistischen und maßlosigen Reizungen Hopfs vernommen werden sollten. Nach Zulassung der Öffentlichkeit wurde zuerst Kriminalinspektor v. Salomon vernommen, der seinerzeit die Aufgabe hatte, den Angeklagten zu beobachten, als seine zweite Frau im Krankenhaus lag. Man wollte feststellen, ob Hopf, der seine Frau oft besuchte, den Versuch machte, der Erkrankten auch im Krankenhaus noch Gift beizubringen. Die Beobachtungen führten jedoch zu keinem Resultat. Doch lag nach der Feststellung des Krankenhaus-Arztbes bei der Frau Hopf eine typische Vergiftung vor. Als sich das Befinden der Frau gebessert hatte, wurde auf Anraten des Arztes der Angeklagte verhaftet, da man die entlassene Frau nicht mit ihm zusammenkommen lassen und sie keinen neuen Vergiftungsversuchen aussetzen wollte. In der Wohnung Hopfs wurden viele Gifte, sadistische Instrumente und medizinische Schriften aufgefunden. Vordrucker Ruhl leitete die Voruntersuchung. Er sagte aus, daß Hopf ihm gegenüber das Geständnis wiederholt hat, das er einem Kriminalwachmeister abgelegt hatte. Er erkundigte sich dabei über die Höhe der Strafe, die ihn treffen könne, ob eine Begnadigung möglich sei, wie das ihn abzureisende Gericht zusammengesetzt werde, wer als Geschworene dabei fungiere und ob sich auch Juristen unter ihnen befänden, das wären die Schlimmsten. Danach befragt, wie das Gift in die Leiche seiner Mutter und seines Kindes gekommen sei, erklärte er, er wisse es nicht. Da müsse jemand, der ihm nicht wohl wolle, seine Hand im Spiel gehabt haben. Auf der Leiche des ausgegrabenen Kindes wurde ein Zettel mit der Aufschrift: „Mein Liebster“ gefunden. Als nächster Zeuge wurde Vordrucker Döring vernommen, der bei den Ausgrabungen der Leichen zugegen gewesen war. Auch diesem Zeugen gegenüber hatte der Angeklagte alle möglichen Vermutungen ausgesprochen, wie das Gift in die Leichen gekommen sein konnte. Den Schluß der Vormittagsitzung bildete wieder die Vernehmung mehrerer Zeugen unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

FC. Hanau, 13. Jan. Der neunjährige Sohn des Wauers Sebastian Koppel von Hgenau fiel in die zur Zeit hochan geschwollene Saal und ertrank.

Oberrhein unter Preußen.

(Zählung von 1900)

(Fortsetzung.)

Bei der allgemeinen Entwicklung von Verkehr und Handel in unserm Vaterland blieb auch das Diepholzthal nicht zurück. Bereits 1867 war in Eibelshausen eine Poststation errichtet worden. Am 1. September 1872 erfolgte dann die Errichtung einer Postagentur zu Straßerebach, aus der dann später ein Postamt wurde. Mit dem 1. März 1874 ward die Postfabrik Straßerebach-Eibelshausen eingerichtet. Der Post folgte später Telegraph und Telephon: am 1. April 1879 wurde Eibelshausen ein Telegraphenstation, und am 8. Sept.

deselben Jahres wurde die Telegraphenlinie bis Straßerebach verlängert. Später belamen unsere Dörfer Telephonanschluß, so Rittershausen, Oßdilln und Weidelsbach 1906. Zwischen Oßdilln und Weidelsbach wurde 1904 bis 1905 eine neue Fahrstraße gebaut.

Im Herbst 1876 war die Reuhütte in den Besitz der Firma J. J. Jung zu Steinbrücken übergegangen. Hier und in Eibelshausen wurden die alten Eisenhütten immer mehr vergrößert, sodaß nun Hunderte aus unserm Thal, die vorher in weit abgelegenen Gruben und Hütten sich Arbeit hatten suchen müssen und so oft wochenlang von ihrer Familie getrennt waren, hier lohnende Arbeit fanden. Infolge des gewaltigen Aufschwungs der Eisenindustrie hier kam es in unserm Thal bald auch zum Bau einer Eisenbahn. Die ersten Vorarbeiten wurden im Sommer 1888 ausgeführt. Nachdem durch Grunderwerbsangelegenheiten die Bauausführung lange verzögert worden war, wurde endlich Anfang August 1890 der Bahnbau in Angriff genommen und in nicht ganz 2 Jahren beendet.

Die feierliche Einweihung der neuen Bahn Dillenburg-Straßerebach fand am 29. April 1892 statt. Um halb 12 Uhr vormittags fuhr mit den Festgästen der erste mit Fahnen und Guirlanden geschmückte Zug von Dillenburg in das Diepholzthal. Festlich geschmückt wie der erste Zug, waren auch die Bahnhöfe Frohnhausen, Wissenbach, vor allem aber Eibelshausen und Straßerebach. In Wissenbach sang beim Einfahren des ersten Zuges der Gesangsverein und die Schuljugend. In Eibelshausen trugen die Schulkinder einige vierstimmige Lieder vor und halfen dann auch mit ihrem Gesang die Feier in Straßerebach verschönern. In Eibelshausen gab beim Einfahren des Zuges in den Bahnhof der Kriegerverein Salven ab, während die dortige uniformierte Feuerwehre Spalier bildete. Beide Vereine fuhrten dann mit dem Festzuge mit bis zur Endstation Straßerebach. Hier auf dem mit Flaggenmasten und Guirlanden geschmückten Bahnhof vollzog Pfarrer Grünshlag von Bergebach den Weiheakt. Später fand dann im dekorierten Wartesaal des Straßerebacher Stationsgebäudes das Festessen statt.

Am 1. Mai 1892 wurde die Diepholzbahn für den größeren Verkehr eröffnet. Registriert sei dabei noch, daß die für die neue Strecke eigens gebaute Lokomotive am selben Tage eine kleine Havarie erlitt, sodaß der Zug in Frohnhausen abends mit einer Rangiermaschine abgeholt werden mußte, und daß am selben Tage der letzte, festlich geschmückte Postwagen im Diepholzthal durch den Lebereifer des Postillons, der es der Bahn vortun wollte, beinahe zu Schaden kam.

Am 1. Dezember 1894 bekam auch Steinbrücken, wo bisher die Züge vorbeigefahren waren, eine Haltestelle.

Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1891 betrug damals die Zahl der Häuser und der Einwohner hier: Bergebach 63 Häuser und 357 Einwohner, Straßerebach 144 Häuser und 880 Einwohner, Rittershausen 84 Häuser und 474 Einwohner, Mandeln 119 Häuser und 581 Einwohner, Steinbrücken 60 Häuser und 354 Einwohner, Eibelshausen 155 Häuser und 973 Einwohner, Weidelsbach 64 Häuser und 335 Einwohner, Oberroßbach 84 Häuser und 393 Einwohner, Niederroßbach 64 Häuser und 279 Einwohner, Oßdilln 84 Häuser und 378 Häuser, Dillbrecht 57 Häuser und 290 Einwohner und Jellerdilln 71 Häuser und 401 Einwohner.

Wie sehr sich die Zahlen in fast zwei Jahrzehnten verändert haben, zeigt die letzte Volkszählung vom 1. Dez. 1910. Hier hatte Bergebach 73 Häuser und 403 Einwohner, Straßerebach 196 Häuser und 1245 Einwohner, Rittershausen 93 Häuser und 449 Einwohner, Mandeln 126 Häuser und 629 Einwohner, Steinbrücken 63 Häuser und 420 Einwohner, Eibelshausen 194 Häuser und 1224 Einwohner, Weidelsbach 68 Häuser und 392 Einwohner, Oberroßbach 89 Häuser und 310 Einwohner, Niederroßbach 63 Häuser und 251 Einwohner, Oßdilln 81 Häuser und 356 Einwohner, Dillbrecht 61 Häuser und 251 Einwohner und Jellerdilln 85 Häuser und 445 Einwohner.

Nachdem sich im 19. Jahrhundert auch Ärzte in unserm Thal niedergelassen hatten — der erste war der Medizinalrat Sped —, wurde in Straßerebach eine Filialapotheke der Dillenburg Apotheke eingerichtet, die der Apotheke Jffand verwalte. Diese Filialapotheke wurde am 17. Februar 1889 zur selbständigen Apotheke erklärt. (Fortf. folgt.)

Rebe - Bergebach.

Uermischtes.

Deutsche Jungen! Ein neues Jahr ist in seine Rechte getreten. Was kann und was wird es bringen? So fragt jeder denkende Mensch. Nur der Müßiggänger, der geistig stumpf und gleichgültige Träumer stolpert im alten Schlendrian hinein in die neue Zeit, ohne zu denken, ohne zu fragen, was ihm die kommenden Tage des neuen Jahres sein und werden können. Wollt Ihr Euch mit solchen gedankenlosen Herdenmenschen in Reich und Geld stellen lassen? Nein, und nochmals nein! Ich weiß, Ihr denkt anders und denkt höher, und doch ist folgerichtiges, sachlich genaues Denken schwer; es will, wie jede andere wertvolle Arbeit, verstanden und fortgesetzt gelbt sein. Denn nur reise Gedanken bergen in sich die Gewähr, daß die Tat und das Werk gesungen — Deutsche Jungen! Im ewigen Kreislauf der Zeit ist die Jahreswende wohl kaum als ein besonderes Ereignis zu betrachten. Uns sterblichen Menschen aber soll sie Wendepunkt und Markstein werden, ja ein Heilertag, dessen stille Stunden uns nach Mühe und Arbeit einmal wieder für kurze Zeit zu Selbstbestimmung und inneren Sammlung zurückführen. Der Mensch von heute braucht solche Stunden der Ruhe, um in der Tiefe seiner Gedankenwelt seinen Grund zu legen für mannhafte Wollen, Schaffen und Wirken. Besonders auch Ihr, meine lieben jungen Freunde und Kameraden, solltet das beherzigen und Euch mühen, am ersten Tage des neuen Jahres Rechenschaft zu geben von dem, was hinter Euch liegt und die Ziele festzusetzen, denen Ihr im neuen Jahre zustreben wollt. — Deutsche Jungen! Ihr habt Euerer Zukunft in der Hand. Gewiß, es gibt für jeden Menschen Müßiggang, dem er nicht entrinnen kann; aber es gibt auch Kräfte und Gaben, mit denen Ihr die Widerwärtigkeiten des Lebens bekämpfen und meistern könnt. Ein fester, unbeugbarer Wille vermag viel. Wissen und Weisheit stehen überall hoch im Wert, aber das Können steht höher. Ueber allem aber steht die Gesundheit. Ein milder, schwacher, kranker Körper kann unsere Gedankenwelt nicht hoffnungstrotzig himmelhoch stürmen lassen; er wird und immer festhalten in der Sorge um den nächsten Tag. Nur der gesunde Mensch wird zum geistlichen Streiter im Kampfe ums Dasein; seine Gedanken sind klar, sein Will ist scharf, sein Wille ist eisenerhart; Knochen und Muskeln weh er zu regen, und die Arbeit, die am Wege seines Lebens liegt, wird er bewältigen. Sorget deshalb, daß Ihr gesund bleibt an Geist und Körper; baut Euch eine reiche Gedankenwelt auf und versucht, voll stittlich

hohen Ernstes, sie in die Tat umzusetzen! Deutsche Jungen! Der einzelne vermag viel, doch erst die Masse gibt den Ausschlag. Suchet ständig nach gleichgesinnten Menschen und Kameraden, schließt Euch eng zusammen und strebt im gleich gestellten Beruf gemeinsam und wacker vorwärts. An der Hand eines guten Freundes geht sich's leichter. Aber meidet schlechte Gesellschaften mit loseren Sitten; wendet Euch ab von denen, die nur den Genuß und die sinnliche Freude lieben und denen Glaube, Heimat und Vaterland, Treue und Manneswort, Liebe, Vertrauen und Männerwürde nur flüchtige, leere Begriffe sind. Merkt Euch: „Erfolg und Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige.“ — Deutsche Jungen! Unser Vaterland braucht wahrhaft deutsche Junglinge und ganze deutsche Männer! Liebt Euerer deutsche Muttersprache, haltet sie rein und in Ehren; sie ist das kostlichste Gut jedes Deutschen. Halte fest an den alien Ueberlieferungen des Elternhauses, ehret Vater und Mutter, seid gehorsam Eueren Lehrern, Meistern, Vorgesetzten und Arbeitgebern und steht in Sturm und Wetter allezeit treu zu Kaiser und Reich. — Vorwärts, mutig hinein in das neue Jahr! Hinweg mit Träumen, Jögern und Schwanken! Die Welt dreht sich auch ohne uns und eilt im ewigen Kreislauf nach den Befehlen ihres Schöpfers unaufhaltsam vorwärts und höher. Auch unser Weg muß im neuen Jahre vorwärts und aufwärts führen. Mit ganzer Kraft und mit bewussten Können wollen wir uns hineinstellen in den Kampf des Tages, wollen mutig hineingreifen in die Speichen des ewig rollenden Zeitrades und jeden Tag so leben, als wäre es der letzte, den wir hier zu leben haben. Dann muß es Nacht in und um uns werden. Der einzelne wache sich aus zur starken Persönlichkeit, und die große Gemeinschaft des deutschen Volkes werde zur kraftpendenden Quelle für die ganze Menschheit. Jungdeutschland frisch auf!

Mit Jabern-Pollarien wird trotz polizeilichen Verbotes Elfaß-Lothringen gegenwärtig überflutet. Alle haben in Wort und Bild nur die gemeinste Beschimpfung der deutschen Uniform zur Absicht. Bald sieht man die deutschen Soldaten, angezogen wie eine Horde von Banditen, in den Straßen von Jabern Säuglinge handrechtlich erschlagen, bald macht preussische Infanterie in unsäglich veruntemtem Zustande als Strohbedeckungen dienen Nachtische — einen Paradezug vor einem General, wobei die Offiziere alle mit abgezogenen Hosen herumlaufen. Der Nachttopf scheint überhaupt das eigentliche Sinnbild dieser Art von Satire zu sein: Auf einer anderen Ansichtskarte sieht man die Jaberner Offiziere in einem Gasse aus Nachttopfen trinken, während rings die Elfaßler aus zarten Sektgläsern nippen. Die einzelnen Offiziere sind durch Aufschrift ihrer Namen kenntlich gemacht. Auf den Leutnant von Rorner ist es selbstverständlich am meisten abgesehen. Er wird in geradezu unbeschreiblich unfauberen Situationen abgebildet, meist als idiotisches Wildkind, das von einer Kinderfrau Prigel auf das entblößte Hinterteil erhält. Ohne Ausnahme sind die Karten in Pariser Druckereien hergestellt worden!

Wiederanfragen des Krankenkassenfreies? Trotz des am Tage vor dem Weihnachtsabend im Reichsamte des Innern zustande gekommenen Friedensschlusses zwischen den Ärzten und Krankenkassen ist der Friede aufs neue gefährdet, da die Kassen zumteil die Erfüllung einer der wichtigsten Friedensbedingungen bisher unterlassen haben. Es handelt sich um die Abfindung derjenigen Ärzte, die während des Streites von den Kassen aus anderen Städten herangezogen wurden und nach der Einigung mit den ortsanfässigen Ärzten ohne Praxis wären. Die Ärzte tragen an der neuen Verschärfung der Lage keine Schuld. Sie hatten freiwillig die Häuser der Anstalten auf sich genommen und fordern von den Kassen nun, daß diese für jeden Versicherten im ganzen Jahre einen Zuschlag von 5 Pfennigen zur Deckung der anderen Hälfte erheben. Sollten die noch ausstehenden Kassen diese geringfügige Leistung entpähig abweisen, dann können wir leider wieder auf dem alten Fleck, ja der Krieg würde dann auch von den Ärzten mit unerbitlicher Festigkeit geführt werden. Da Großes auf dem Spiele steht, so möchte man noch nicht glauben, daß hier die Kleinlichkeit den Sieg davontragen sollte, sondern an der Hoffnung festhalten, daß in letzter Stunde noch eine Einigung erzielt wird.

Vulkanausbruch auf Sakurashima. Nach mehrwältigem Erdbeben erfolgte am Sonntag morgen auf der Insel Sakurashima der Ausbruch eines Vulkans. Ungeheure Feldblöcke flogen über 300 Meter hoch und 30 km. weit, Lavaströme stießen von der Seite des Berges herab und begruben drei Dörfer der Insel. Die Einwohner flüchteten auf das Festland. Hunderte von Menschen mußten umgekommen sein. Das Feuer sprang auf den Wald des Festlandes über. Weitere Ausbrüche schieden die brennende Lava bis nach Kagoshima und stecten die Stadt an. Auch hier kamen Hunderte um. Die Fliehenden fahren in Güterzügen nordwärts; am Abend war die 70000 Einwohner zählende Stadt vollständig verlassen. Ein geitern in Romanoto angekommenes Telegramm berichtet, daß der Telegraphist der einzige in Kagoshima zurückgebliebene Beamte sei. Die ganze Stadt sei in Asche und Rauch gehüllt.

Schum, 13. Jan. (Schweres Explosions-Unglück.) Heute Vormittag um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr war hier eine gewaltige Detonation hörbar. Es wurde bald bekannt, daß bei Luerenburg das mitten im Walde gelegene Pulverlager der Firma Grämer in die Luft geflogen war. Die Explosion ist von verheerender Wirkung gewesen. Drei Fuhrleute, die dem Pulverlager neue Dynamit-mengen zuführen sollten und vielleicht infolge Unvorsichtigkeit die Katastrophe herbeiführten, haben ihr Leben eingebüßt. Der Pulverturm befand sich inmitten eines Buchen- und Eichenwaldes in einem Berg eingegraben. An der betreffenden Stelle sieht man jetzt nur noch ein etwa 10 Meter tiefes, breites Loch, das durch die Gewalt der Explosion ausgehoben worden ist. Im weiten Umkreis sind die Bäume wie Streichhölzer geknickt. Die Dächer der Bauernhöfe und Wohnhäuser sind zumteil abgedeckt, viele Fensterheben sind zertrümmert. Von den getöteten drei Leuten hat man bis jetzt noch nicht die mindeste Spur gefunden. Wohl sieht man hier und da auf dem Waldboden beruhte Feigen, an denen man aber nicht unterscheiden kann, ob es sich um menschliche oder tierische Hautstücke oder um die Kleidung der Opfer handelt. Die Kadaver der Pferde liegen verstreut auf der Unfallstelle. In der Radbarstraße, vielleicht 50-100 Meter von dem Explosionsherd entfernt, sieht man vereinzelt schwere Baumstämme, die über den Wald hinweg aufs freie Feld geschleudert und 30-40 Zentimeter tief in den gefrorenen Wehmboden eingedrungen sind. Von dem Gespann, das den Sprengstoff herangebracht hatte, war an der Unfallstelle nichts mehr zu sehen. Das 200 Zentner schwere schmaleeiserne Tor des Schuppens und die Radreifen des Fuhrwerkes lagen wie Blechstreifen zusammengeroßelt 300 Meter weit von der Unfallstelle in den hart gefrorenen Wiesengrund eingegraben. Ungefähr in gleicher Entfernung in der Nähe einer Wirt-

